

Die Familie bei der Hand nehmen. Den Bergsommer erleben.



Die Ferienecke der Schweiz bietet ungeahnte Möglichkeiten, Ferien nach eigenen Wünschen zu machen. Diese Verkehrsbüros geben Ihnen gerne Auskunft:

CH-7431 Andeer-Zillis 81 6113 60 · CH-7050 Arosa 81 3116 21 · CH-7550 Bad Scuol 84 913 81 · CH-7132 Bad Vals 86 512 42 · CH-7649 Bergell 82 415 55 · CH-7482 Bergün 81 7311 52 · CH-7165 Breil/Brigels 86 413 31 · CH-7505 Celorina 82 339 66 · CH-7000 Chur 81 2218 18 · CH-7075 Churwalden 81 3514 35 · CH-7270 Davos 83 3 51 35 · CH-7018 Filis 81/3910 22 · CH-7551 Ftan 84 9 05 57 · CH-7130 Ilanz 86 224 14 · CH-7250 Klosters 83 418 77 · CH-7031 Luax 86 2 14 23 · CH-7078 Lenzerheide-Valbella 81 34 15 88 · CH-7134 Obersaxen 86 313 56 · CH-7504 Pontresina 82 6 64 88 · CH-7241 St. Antönien 81 54 12 71 · CH-6549 San Bernardino 92 9412 14 · CH-7500 St. Moritz 82 3 31 47 · CH-7563 Samnau 84 9 51 54 · CH-7451 Savognin 81 7412 67 · CH-7188 Sedrun 86 9 15 15 · CH-7212 Seewis 81 52 16 35 · CH-7551 Sent 84 9 15 44 · CH-7514 Sils/Engadin 82 452 37 · CH-7513 Silvaplana 82 481 51 · CH-7131 Survolin 86 3 13 44 · CH-7430 Thusis-Viamala 81/811134 · CH-7064 Tschierschen 81 321232 · CH-7537 Val Müstair 82 8 55 66 · CH-7199 Waltensburg/Andast 86 21951 Vorwahl für die Schweiz: 0041

Allgemeine Informationen über Graubünden:
Verkehrsverein Graubünden, Hartbertstrasse 9,
CH-7001 Chur

Schweizer Verkehrsbüros:
6000 Frankfurt a.M., Kaiserstrasse 23
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 100
2000 Hamburg 1, Speersort 8/IV
8000 München 40, Leopoldstrasse 33

Coupon

Ich interessiere mich für:

Name: _____

Adresse:
PLZ/Ort: _____ S

Bitte auf Postkarte kleben und an die Verkehrsbüros Ihrer Wahl senden.

LAHNSTEIN: Ich strebe das an. Die entscheidende Frage ist nicht mehr, was die Koalition will. Das ist klar. Die Frage ist: Stimmt die Union einer solchen Umschichtung zu?

SPIEGEL: Alles, was die Koalition in den nächsten Monaten sprengen könnte, fällt in Ihre Kompetenz. Welche Chance geben Sie dem Bündnis, diesen Sommer zu überstehen?

LAHNSTEIN: Wir haben bis zum Sommer drei miteinander verbundene Operationen. Die Gemeinschaftsinitiative ist so gut wie abgeschlossen, wir haben das ohne jede Auseinandersetzung zwischen den Koalitionspartnern hinkommen. Der zweite Punkt – ich gehe jetzt mal in der zeitlichen Reihenfolge vor – ist der Nachtrag 1982. Wenn Sie sorgsam lesen, was dazu von führenden Vertretern der Koalition in den letzten zwei Wochen gesagt worden ist, erkennen Sie unschwer, daß auch dies keine ernsthafte Zerreißprobe für die Koalition werden wird. Der eigentliche Punkt, an dem man sich zusammenraufen muß, ist der Entwurf 1983. Wie ich mir in etwa die Rahmenbedingungen für diesen Entwurf 1983 vorstelle, habe ich Ihnen mit der gebotenen Vorsicht dargelegt.

SPIEGEL: Wir hätten gern etwas ausführlicher gehört, wie Sie das schaffen wollen.

LAHNSTEIN: Auf dieser Grundlage wird der Entwurf eine gute Chance haben, am 7. Juli als Regierungsentwurf dazuliegen. Damit wäre dann in der Tat ein Beitrag zur Stabilisierung derjenigen Koalition geleistet, die ich nicht nur für heute, sondern auf lange Sicht für die vernünftigste aller denkbaren Koalitionen in Deutschland halte. Dann ist die Welt noch nicht zu Ende. Wir müssen den 84er Haushalt machen, die Steuererleichterungen machen. Wenn wir dazu noch in diesem Jahr Ansätze eines neuen Sommertheaters vermeiden können, dann wäre schon sehr viel gewonnen.

SPIEGEL: Vorausgesetzt, daß beide Partner auch nach den anstehenden Wahlen in Hamburg und Hessen in der Koalition bleiben wollen.

LAHNSTEIN: Davon gehe ich aus. Sie dürfen nicht übersehen, daß es auch Punkte zugunsten der Koalition gibt. Erstens: Abgesehen von dem schwierigen Problem der Beschäftigung, werden die Wirtschaftsdaten besser. Und zweitens: In der Außenpolitik ist nicht nur die Ausgangsposition der Koalition einigermaßen einheitlich, sondern die Partner in der Welt sind mehr und mehr bereit, unsere Position als vernünftig und gemäßigt anzuerkennen. Das wird sich auf dem Wirtschaftsgipfel in Versailles erweisen, das wird sich auf dem Nato-Treffen in Bonn zeigen.

SPIEGEL: Die Koalition hält?

LAHNSTEIN: Sie hält.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

WIRTSCHAFTSPRÜFER

Saubere Weste

Die Deutsche Treuhand prüfte die Heizungsfirma tele-therm, an der heimlich diverse Neue-Heimat-Manager beteiligt waren. Alles ging korrekt zu, meinten die Prüfer.

An den Urteilen gab es nichts zu beschönigen. Hamburger und Lübecker Gerichte waren in insgesamt 16 Prozessen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Abrechnungen der Fernheizfirma tele-therm unzulässig, unverständlich oder nicht ordnungsgemäß seien.

Nach Ansicht von Wirtschaftsprüfern haben die Richter in all diesen Prozessen geirrt.



tele-therm-Chief Eberhardt
Vielseitige Aufträge

Die Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG hatte über die „Ordnungs- und Gesetzmäßigkeit der Wärmeabrechnungen sowie der marktgerechten Preisstellung durch die tele-therm-Gesellschaften für Fernwärme, Hamburg-Lübeck-Berlin“ zu befinden. Auftraggeber des Gutachtens war tele-therm, und das Gutachten hätte für die Heizungsfirma und ihren Chef Karl Maximilian Eberhardt nicht besser ausfallen können.

Anlaß für die Sonderprüfung waren die SPIEGEL-Enthüllungen über die Strohmänn-Geschäfte des Neue-Heimat-Chefs Albert Vietor und etlicher seiner Kollegen. Vietor und Co. gehörte die Heizungsfirma tele-therm, die zahlreiche Neue-Heimat-Mieter zu hohen Preisen mit Wärme versorgt.

Zehn Manager des Baukonzerns und Gewerkschaftsbankier Walter Hesselbach hatten den Kaufmann Karl Maximilian Eberhardt als Strohmänn eingesetzt;

sie selbst traten nach außen nicht in Erscheinung. Eberhardt hatte, so steht es im Treuhandvertrag, „entsprechend den Weisungen der Treugeber zu verfahren“.

Der Prüfungsbericht der Deutschen Treuhand vernachlässigt derartige Feinheiten. Die Experten der Treuhand räumten vielmehr Vorwürfe aus, die niemand erhoben hatte.

„Zum 1. 1. 1982“, so ihr Bericht, „und auch zum Zeitpunkt der Prüfung durch uns bestanden an dem Nominalkapital der tele-therm-Gesellschaften für Fernwärme mbH weder offene noch verdeckte Beteiligungen Dritter.“ Richtig: Die Hintermänner hatten sich 1979 zurückgezogen. Die Prüfer fanden „eine transparente Organisation“ vor.

Es interessierte nicht, warum sich denn über ein Jahrzehnt lang Viotor, Hesselbach und Kollegen hinter dem Spezi Eberhardt versteckt hatten. Es interessierte genausowenig, wie der gelernte Journalist und ehemalige NH-Angestellte Eberhardt an so vielseitige Aufträge kam: Er war jahrelang, gegen ordentliche Provision, Heizölbeschafter für die gesamten Sozialwohnungen der Neuen Heimat (NH), verdiente – immer in NH-Siedlungen – an Bowlingbahnen wie an Tankstellen, an Antennen wie an Ladeneinrichtungen von Supermärkten.

Aufgabe der Prüfer war es eben nicht, herauszufinden, warum Eberhardt von mindestens 210 000 Mietern Antennengebühren kassieren und warum dies für die Mieter der Gewerkschafts-Wohnun-

mein verständlicher Form auszuweisen“ sind, halten die Experten der Treuhand für haltlos.

Tele-therm berechnet, beispielsweise in Lübeck, die Heizkosten nach der Formel $GP (0,65 + 0,10 \frac{M}{M} + 0,15 \frac{LM}{LM} + 0,10 \frac{LH}{LH}) + AP (0,94 \frac{H}{H} + 0,06 \frac{S}{S}) + MP (0,3 + 0,7 \frac{LM}{LM})$. Diese Formeln gelten der Treuhand „grundsätzlich nicht als unverständlich“. Richter in Lübeck, im Umgang mit solchen Details offenbar weniger geübt, hatten die tele-therm-Rechnungen hingegen für unverständlich erklärt.

Warum die Neue Heimat die Fernwärmelieferungen einem Dritten, nämlich tele-therm übertragen hat, erklären die Wirtschaftsprüfer mit ökonomischen Gründen. Eine fremde Firma könne alle Kosten auf die Mieter umlegen; wenn aber der Vermieter selbst die Heizung betreibe, sei dies nicht möglich: „Nicht umlagefähig sind insbesondere die Kosten für Investitionen, Erhaltung und Verbesserung der Anlagen.“

Was die Treuhand verschweigt: Für diese Kosten kassiert die Neue Heimat, wenn sie ihre Wohnblocks per Zentralheizung wärmt, von den Mietern keine Umlage, sondern eine Pauschale.

Bei so gründlicher Arbeit wundert es nicht weiter, daß die Treuhand auch „keine Anhaltspunkte für eine überhöhte Preisstellung durch tele-therm und eine sich daraus ergebende Benachteiligung der Verbraucher gefunden“ hat.

Das inspirierte zwar das „Handelsblatt“ zu der Schlagzeile „Kein Schaden für NH-Mieter entstanden“. Die Betroffenen aber sehen das anders.

Am Freitag vorletzter Woche war, wieder einmal, Gerichtstermin in Lübeck: tele-therm gegen die Sozialmieter der Neuen Heimat.

In der Lübecker NH-Siedlung Buntekuh weigern sich seit letztem Jahr rund 700 Mieter, den vollen Betrag ihrer Fernwärme-Rechnung zu bezahlen. Die tele-therm-Zwangskunden wollen herausgefunden haben, daß ihr mit Schweröl befeuertes tele-therm-Fernheizwerk trotz geringerer Brennstoffkosten Wärme teurer liefert als eine Ölzentralheizung. Die ersten Prozesse – in allen 15 Abteilungen des Lübecker Amtsgerichts – gewannen die Mieter.

Jetzt gingen die Verfahren in die zweite Instanz. Dort präsentierten die Vertreter von tele-therm den Treuhand-Bericht. Allerdings rückten sie nur die 28seitige Kurzfassung heraus, die Eberhardt auch an die Presse verteilt hatte. Nach welchen Methoden die Wirtschaftsprüfer ermittelt hatten und wie tele-therm kalkuliert, steht in dem vollständigen Bericht, der rund 100 Seiten dick ist. Doch den mochten die tele-therm-Manager nicht vorzeigen.

Das Gericht vertagte sich erst einmal. Vorher hatte es noch einen Vergleichsvorschlag gemacht: tele-therm möge die strittige Abrechnung doch um 20 Prozent ermäßigen. ◆



NH-Wohnungen in Lübeck, tele-therm-Werk (r.): Prozesse wegen hoher Heizkosten

Damit wollen sie nicht das verzwickte Firmen-Reich Eberhardts mit der Franz A. Pabelick & Co GmbH an der Spitze gemeint haben. Mit der „transparenten Organisation“, erläuterte später ein Prüfer dem SPIEGEL, sollte „zum Ausdruck gebracht werden, daß man uns alle Unterlagen gegeben und alle Geschäftsvorgänge transparent gemacht hat“.

Der Bericht erweckte den Eindruck, der beabsichtigt war. „Treuhand bescheinigt tele-therm eine saubere Weste“, überschrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ihren Beitrag, das „Hamburger Abendblatt“ notierte einen „Freispruch“.

Das war es mitnichten. Es war vielmehr, so „Die Zeit“, „ein Persilschein ohne Wert“. Streng ihren von Eberhardt gestellten Auftrag im Auge, konzentrierten sich die Männer der Deutschen Treuhand auf wenige Punkte.

gen um etliches teurer sein darf als üblich.

Die Treuhand sollte nur herausfinden, daß Eberhardt „keine unangemessenen Vorteile erhalten“ hat, als er von der Neuen Heimat die restlichen 50 Prozent Anteile an der Antennen-Verwaltungs- und Betreuungs-GmbH (AVB) für gut 7,4 Millionen Mark kaufte.

Ein schlechtes Geschäft war das jedenfalls nicht. Die AVB warf schon 1978, zum Zeitpunkt des Kaufs, einen Jahresgewinn von über 1,1 Millionen Mark ab, der Gewinn ist seitdem dank einer Preisgleitklausel unaufhaltsam weiter angeht.

Die Wirtschaftsprüfer beschieden sich mit dem, was sie feststellen sollten. Kein Zweifel bestand für sie, daß die Heizrechnungen der tele-therm gut verständlich seien. Die gesetzliche Vorschrift, wonach „die maßgeblichen Berechnungsfaktoren vollständig und in allge-